

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,
Wirtschaft und Gleichstellung
am Mittwoch, dem 24.11.2021, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:36 Uhr**

		Seite
	Pairing-Verfahren aufgrund der aktuellen Corona-Lage	4
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf	259/2021 6
3.	Bericht der IHK Nord Westfalen	266/2021 7
4.	Bericht der Verwaltung	8
5.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	264/2021 9
6.	Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2019 bis 2024	267/2021 10
7.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung der Budgets des Jobcenters und der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2022	265/2021 11

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Bas, Ali
Fiedlers, Nils
Geiger, Andrea
Hollenhorst, Elisabeth K.
Kirchhoff, Norbert
Kocker, Dennis
Lehnert, Susanne, Dr.
Mindermann, Ursula
Schubert, David
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
von der Verwaltung
Beier, Susanne
Gösling, Julian
Klausmeier, Brigitte
Kleier, Ulrike
Klöpffer, Harald
Seidel, Ansgar, Dr.
Gäste
Taudt, Carsten
Tischner, Frank

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Budde, Heinrich
Holz, Günter
Meyer, Ludger
Schmedding, Josef
Wamba, Gilbert
von der Verwaltung
Diekhoff, Katrin

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:10 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Kocker (SPD) stellt den Antrag, das sogenannte Pairing-Verfahren aufgrund der aktuellen Corona-Lage für den AWiG zu beschließen:

Beschluss:

Die Anzahl der in Präsenz teilnehmenden Ausschussmitglieder wird auf Grundlage der von den Fraktionen getroffenen Vereinbarung beschränkt. Die anwesenden Ausschussmitglieder nehmen auch das Stimmrecht der nicht anwesenden Ausschussmitglieder ihrer jeweiligen Fraktion wahr, so dass sich die interfraktionellen Stimmverhältnisse nicht ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Klausmeier teilt zu TOP 6 „Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2019 bis 2024“ mit, dass die Gleichstellungsbeauftragte Frau Diekhoff an der heutigen Sitzung leider nicht teilnehmen kann. Die Beratung wird daher auf die nächste Sitzungsfolge im kommenden Jahr vertagt.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend.

2.	Bericht der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf und	259/2021
3.	Bericht der IHK Nord Westfalen	266/2021

Herr Frank Tischner, Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft (KH) Steinfurt-Warendorf und Herr Carsten Taudt, Geschäftsbereichsleiter Bildung und Fachkräftesicherung der IHK Nord Westfalen, führen die Ausschussmitglieder anhand der als Anlagen 1 und 2 beigefügten PowerPoint-Präsentationen in die Arbeit der Kreishandwerkerschaft und IHK in Bezug auf den aktuellen Ausbildungsmarkt im Kreis Warendorf ein. Die anschließende Diskussions- und Fragerunde beider Tagesordnungspunkte erfolgt gemeinsam.

Herr Bas (B90/Die Grünen) bedankt sich bei den Vortragenden und möchte wissen was in dem Bereich Diversity getan wird. Herr Tischner erklärt, dass in diesem Bereich gute Strukturen und Regeln benötigt werden, um dort insbesondere in der Ausbildung Erfolge zu verzeichnen. Eine zweisprachige Abschlussprüfung sei beispielsweise nicht umsetzbar. Herr Taudt ergänzt, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein Schritt in die richtige Richtung sei, aber es sei ein hohes Sprachniveau der Flüchtlinge nötig, um in der Berufsschule mitzukommen.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) interessiert die Gleichstellung von Frauen und Männern in Bezug auf die Meisterprüfung und bittet um eine Einschätzung zur Meisterpräsenz sowie zur Gefragtheit einzelner Ausbildungsberufe. Herr Taudt gibt an, dass in der Industrie aktuell ca. 65% der Stellen von Männern und 35% von Frauen besetzt seien, was nicht zuletzt an der frühen Orientierung der Mädchen an ihrer Peergroup liege. Viele unbesetzte Ausbildungsplätze habe aufgrund der Pandemie die Gastronomie, dagegen hätten es z.B. Industrie und IT immer schwerer Personal zu finden. Herr Tischner zeigt auf, dass in diesem Jahr 23.000 Männer und 4.400 Frauen einen Abschluss in einem handwerklichen Beruf gemacht haben. Das Handwerk bemühe sich sehr um weiblichen Nachwuchs. Die Meisterpräsenz solle nach seiner Ansicht weiter gestärkt werden, da sie ein Qualitätsversprechen und elementarer Pfeiler der dualen Ausbildung sei.

Herr Kocker (SPD) dankt den beiden Herren und fragt, ob die Bereitschaft zur Führungsverantwortung bei Nachwuchskräften eher zu- oder abnehme. Herr Tischner und Herr Taudt berichten übereinstimmend, dass jüngere Jahrgänge häufig weniger Wert auf Karriere und mehr Wert auf eine gute Work-Life-Balance legen.

Herr Schulze-Westhoff (CDU) erfragt, was in den Schulen passieren müsse, um Schülerinnen und Schüler, die multiple Vermittlungshemmnisse aufweisen, besser in Ausbildung zu bringen. Herr Taudt betont die Bedeutung von Schulsozialarbeit. Herr Tischner ergänzt, dass deutlich mehr Schulpraktika eine Lösung seien, um die Vorstellungen über die Berufe bei den Schülerinnen und Schülern zu verbessern.

Herr Fiedlers (FWG) möchte wissen, wie der Fachkräftemangel bekämpft werden kann. Herr Tischner erörtert, dass im Handwerk nicht immer der monetäre Aspekt entscheidend sei, sondern es auch oftmals um Wertschätzung gehe.

Beschluss:

Zur Kenntnis.

4. Bericht der Verwaltung

Der Jobcenterleiter Dr. Ansgar Seidel berichtet, dass das Jobcenter den Zuschlag aus dem ESF-Förderprogramm REACT-EU für das Projekt Chance erhalten hat. Zielgruppe des Programms seien 50 Familien mit Kindern, die von 2 Vollzeitäquivalenten für 16 Monate betreut würden. Weiterhin sei die Interessenbekundung für das Landesförderprogramm SOE (zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Menschen insbesondere aus Südosteuropa, Mittel- und Osteuropa) abgegeben worden. Auch hier möchte das Jobcenter bei dieser wichtigen Zielgruppe weiterhelfen. Außerdem habe im September 2021 ein Softwareupdate im Jobcenter stattgefunden. Es sei von LÄMMkom auf LÄMMkom LISSA umgestellt worden. Erfreulich sei, dass trotz des Updates alle Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger durchgehend hätten erbracht werden können. Auf der anderen Seite gebe es noch Geschwindigkeitsprobleme und teilweise unvalide Daten. So hätten beispielsweise zwei Monats-Statistikläufe nicht fehlerfrei durchgeführt werden können, so dass das Jobcenter von der BA geschätzt worden sei. Des Weiteren stelle sich die Personalsituation durch einige Vakanzen im Jobcenter, sowie durch die wichtige Unterstützung des Gesundheitsamtes als angespannt dar. Dies alles – auch im Zusammenhang – mit der Softwareumstellung – koste die Mitarbeitenden im Jobcenter viel Kraft.

Beschluss:

Zur Kenntnis.

5.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	264/2021
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Ansgar Seidel berichtet anhand der als Anlage 3 beigefügten PowerPoint-Präsentation über den Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf. Er geht dabei besonders auf die dem Kreis Warendorf zugewanderten Afghanischen Ortskräfte ein. Ferner weist er am Beispiel der Integrationsquote darauf hin, dass das Jobcenter zum einen BA-Zahlen präsentiere, zum anderen aber auch aus LÄMMkom LISSA generiere. Diese beiden unterschiedlichen Werte sollten in 2022 immer weiterzusammengeführt werden, so dass sich die Haushaltsplanung 2022 optimalerweise ausschließlich auf die BA-Zahlen stütze.

Frau Geiger (CDU) bedankt sich und erfragt die aktuelle Situation der Einstellungen von Leistungsbeziehenden durch Amazon. Herr Dr. Seidel erläutert, dass Amazon nahezu ganzjährig einstelle, insbesondere natürlich zum Weihnachtsgeschäft. Im letzten Jahr hätten rd. 400 Leistungsberechtigte dort Arbeit gefunden, in 2021 immer noch knapp 200.

Beschluss:

Zur Kenntnis.

6.	Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2019 bis 2024	267/2021
-----------	--	-----------------

Die Beratung wird auf die nächste Sitzungsfolge im kommenden Jahr vertagt.

Abstimmungsergebnis: vertagt

7.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung der Budgets des Jobcenters und der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2022	265/2021
-----------	--	-----------------

Produkte und Vorbericht werden von der Vorsitzenden der Reihe nach aufgerufen. Beim Vorbericht merkt Dr. Seidel zwei Korrekturen für die Passagen des Jobcenters an. So habe die Planzahl der Integrationen für 2021 nicht über dem Wert für 2020 gelegen, sondern bei 2.300. Ferner solle entgegen den Ausführungen auf V 71 die Inanspruchnahme der BuT-Lernförderung in 2022 nicht weiter gesteigert werden, sondern sich auf dem jetzigen hohen Niveau konsolidieren.

Frau Klausmeier weist daraufhin, dass der Bereich BuT-Schulsozialarbeit nun vom Zuständigkeitsbereich des Jobcenters in das Jugendamt übergeht, was mit dem Zuständigkeitswechsel vom Arbeits- auf das Schulministerium NRW korrespondiere.

Da es zum Produkt Gleichstellung keine Fragen gibt, bittet die Vorsitzende um Fragen bezüglich des Produktes Grundsicherung.

Herr Fiedlers (FWG) gibt zu bedenken, dass die aktuellen Strom- und Gaspreise jeden Endverbraucher hart treffen, weshalb er eine Reduzierung der Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) für das nächste Jahr nicht nachvollziehen könne. Außerdem erbittet er nähere Informationen zur Scan-Plattform. Herr Dr. Seidel erklärt, dass die KdU überwiegend vom Bund finanziert werde und Preissteigerungen sich häufig erst mit zeitlicher Verzögerung im Jobcenter-Budget niederschlagen würden. Daher habe man sich – auch im Hinblick auf eine möglichst kommunalfreundliche Ausgestaltung – gegen eine erhöhte Veranschlagung entschieden. Die Entwicklung müsse aber weiter beobachtet werden. Die Scan-Plattform solle den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, alle Arten von Dokumenten unkompliziert digital an das Jobcenter zu übersenden. Sie solle im Jahr 2022 fertiggestellt werden.

Der Sachgebietsleiter Herr Klöpfer stellt die in der Anlage 4 beigefügte Änderungsliste vor. Er weist auf eine Ergebnisverbesserung im Produkt Grundsicherung von 150 T € hin. Diese geänderte Veranschlagung habe man aufgrund des kommunalen Hinweises aus der Stellungnahme zu den Eckdaten 2022 vorgenommen. Herr Dr. Seidel ergänzt, dass das Jobcenter seine Produkte für das Jahr 2022 möglichst kommunalfreundlich und somit im Ergebnis sehr sportlich aufgestellt habe.

Bezüglich des Produkts Werkcampus gibt es keine Fragen.

Herr Klöpfer beantwortet die in der Anlage 5 beigefügte Anfrage der FWG. Er erklärt, dass im Vergleich zum Vorjahr eine verringerte Gesamtbundesbeteiligung bestehe, da die vollständige Erstattung der Flüchtlings-KdU für das Jahr 2022 weg falle. Daraus ergebe sich eine Ergebnisverschlechterung in Höhe von rd. 4,4 Mio. €. Diese werde mit einer erhöhten allgemeinen Zuweisung in Höhe von 2,8 Mio. € nur teilweise kompensiert.

Beschluss:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2022 sowie der zugehörigen Änderungsliste wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 1

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Sitzung um
11:36 Uhr.

Elisabeth K. Hollenhorst
Vorsitzende

Brigitte Klausmeier
Schriftführerin